

01.10.2012 - Utopie hat einen Namen: Geno SF

Die Genossenschaft der Schleckerfrauen

von Manfred Dietenberger

Im Zuge der Schlecker-Insolvenz verloren über 25.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz ? überwiegend Frauen. Bis zum 21. August meldeten sich 22.709 frühere Beschäftigte arbeitslos. 15639 sind es noch immer, davon nehmen 7127 an Qualifikationsmaßnahmen teil. 5170 haben wieder eine Arbeit gefunden. Nun will ein gemeinsamer Solidaritätsfonds der beiden großen Kirchen für ehemalige Schlecker-Beschäftigte in konkreten Notfällen helfen. Zudem rief die Paul-Schobel-Caritas-Stiftung den bundesweiten Solidaritätsfonds «Schlecker-Beschäftigte» ins Leben, wofür bislang rund 16.000 Euro gespendet wurden. Betroffene sollen aus diesem Fonds eine einmalige Geldleistung in Höhe von bis zu 400 Euro erhalten.

Schlecker ist pleite, die sog. Schleckerfrauen sind arbeitslos. Mutig haben sie im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne mit Warnstreiks, per Arbeitsgericht und Öffentlichkeitsarbeit gegen die demütigende Behandlung am schlecht bezahlten Arbeitsplatz gekämpft.

Das Aus der Drogeriekette brachte inzwischen vielen kleineren Orten schon Riesenprobleme. Rossmann, dm, Müller und Co wollen die entstandene Versorgungslücke vor Ort nicht schließen, die Läden seien zu klein. Wo aber sollen die Bewohner im Ortskern künftig ihre Dinge des täglichen Bedarf kaufen? Wer schon allein dafür ins Einkaufszentrum fahren muss, der kauft die Brötchen, das Gemüse und die Wurst dort gleich auch noch mit ein. Die Folge: Immer mehr Bäcker, Metzger, Gemüseläden im Ortskern stehen kurz vor dem Ruin.

Deshalb schlagen jetzt sogar Bürgermeister Alarm und suchen händeringend Nachfolger für die Schlecker-Läden. Nun zeichnet sich eine überraschende Perspektive ab: Die Schleckerfrauen betreiben die Läden weiter, aus den ehemaligen Schleckerfilialen sollen genossenschaftliche Bürgerläden werden. Konkret: 35 ehemalige Schlecker-Verkäuferinnen aus der Region Stuttgart wollen eine Genossenschaft gründen

und «ihre» Läden wiederbeleben. Geht das?

Die Genossenschaft verfügt derzeit lediglich über das Geld für Wiederbelebungsmaßnahmen von sechs Filialen. Denn schon im Vorfeld muss viel Geld in die Hand genommen werden. Die Hilfezusagen von der grün-roten Landesregierung Baden-Württemberg sind äußerst mager, sie bestehen aus den regulären Angeboten wie Beratungsgutscheine, Existenzgründungsseminare usw.

In manchen Gemeinden geht die Initiative zum Erhalt der Schlecker-Filiale vom Bürgermeister aus. So etwa in Eppelheim (Rhein-Neckar-Kreis): «Ich wäre bereit, die Schlecker-Verkäuferinnen für zwei bis drei Jahre bei der Stadt anzustellen», sagt Bürgermeister Dieter Mörlein. Er könne sich auch vorstellen, zunächst die Ladenmiete für die ehemalige Schlecker-Filiale im Zentrum von Eppelheim zu übernehmen. 75000 Euro könne er dafür im Jahr aufwenden.

«Ich will, dass die Nahversorgung gewährleistet bleibt», sagt Mörlein. «Wir brauchen Geschäfte, die für viele zu Fuß zu erreichen sind und die Innenstadt beleben», sagt er. Dabei geht es nicht nur ums Einkaufen. «Die Läden sind auch ein Ort, an dem die Bürger miteinander ins Gespräch kommen.» Dies gelte besonders für ältere Menschen.

Bei den Genossenschaftsläden mit dem Arbeitstitel Geno SF wird nicht mehr viel an Schlecker erinnern. Die Verkäuferinnen und die Filialen bleiben zwar die gleichen, das Sortiment und auch der Name aber wird individuell verändert. Jeder Dorfladen der Genossenschaft wird Produkte anbieten, die vor Ort gebraucht werden. Neben Drogerieartikeln werden die Läden also auch Brot, Fleisch, Obst, Gemüse und Milchprodukte aus der Region anbieten. Der Mindestbeitrag zum Eintritt in die Genossenschaft wird wohl zwischen 100 und 200 Euro liegen. Auch Einheimische, die Interesse am Erhalt der Nahversorgung in ihrem Ort haben, können Genossen werden. Die Genossenschaft soll wie ein Dach über die einzelnen Läden geschaltet werden und Aufgaben wie Buchhaltung oder Einkauf übernehmen. Die Läden sollen als Mini-GmbH an die Genossenschaft angedockt werden. So ist sichergestellt, dass unrentable Filialen wieder saniert werden können, ohne die Existenz der gesamten Genossenschaft zu gefährden.

Dass Gewerkschaften, Betriebsräte, Kirchen und sogar Kommunen an einem Strang ziehen ist bemerkenswert und interessant. Ver.di gestaltet in diesem Fall progressiv und zeigt, dass sie kämpferische Belegschaften nicht im Regen stehen lässt. Damit blickt



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

Ver.di weit über den betrieblichen Tellerrand hinaus, findet neue Bündnispartner und zeigt, dass gewerkschaftliche Solidarität über den reinen Arbeitskampf hinausgehen muss und kann.